

formuliert, jedoch widersprechen ihr in Deutschland die Residenzpflicht und Wohnverpflichtung. Daher bedarf es an dieser Stelle der rechtlichen Harmonisierung von Gewaltschutz und Aufenthalts- sowie Asylrecht.²⁰ Frauenhäuser sind in dem Zusammenhang genauso wichtig wie geschlechtergerechte Wohngruppen für Mädchen und Frauen in der Kinder- und Jugendhilfe. Dabei sollte angesichts der ungünstigen Folgen sozialer Kontrolle und moralischer Zwänge, die Frauen in nicht-ehelichen Lebenssituationen auferlegt werden, die geheime Qualität von Frauenhäusern weiter fortbestehen. Obgleich die Idee offener Frauenhäuser, die sich in lokale Nachbarschaften eingliedern, aus sozialökologischer Sicht attraktiv erscheinen mag, kann eine solche Offenheit insbesondere für Frauen und Mädchen mit Migrations- und Fluchtgeschichte die von ihnen erhoffte Anonymität des Schutzraums untergraben.²¹ Schließlich ist die Unterbringung in Frauenhäusern als Krisenintervention zu werten, die zeitlich eingeschränkt ist und deren Finanzierung für alle Frauen sichergestellt sein muss. Im Anschluss an den Aufenthalt

sollte eine Rückführung in die Normalität in Begleitung einer Fachperson erfolgen, die beispielsweise bei der Wohnungssuche, Jobsuche, Bildungs- und Qualifizierungsangeboten oder bei der Beantragung von finanziellen Mitteln helfend zur Seite steht. Der Anschluss an bereits vorhandene sozialpädagogische Hilfeangebote kann den betroffenen Frauen die Chance eröffnen, ein eigenständiges Leben in Sicherheit zu führen.

20 Vgl. Rabe, Heike / Leisering, Britta: Die Istanbul-Konvention, Neue Impulse für die Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt, Analyse, hrsg. von Deutsches Institut für Menschenrechte, Berlin 2018, S. 32 f., online: https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/ANALYSE/Analyse_Istanbul_Konvention.pdf (Zugriff: 02.01.2024).

21 Vgl. Frauenhaus-Koordination e.V.: Frauenhäuser mit offenen Konzepten, Fachinformation Nr. 1, 2022, online: https://www.frauenhauskoordinierung.de/fileadmin/redakteure/Publikationen/Fachinformationen/2022-05-16_FHK-Fachinfo_Nr1-2022_Offene_Konzepte_final_eo.pdf (Zugriff: 02.01.2024).

DOI: 10.5771/1866-377X-2024-1-14

Frauen in Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit – für eine geschlechtsreflektierende und queerfreundliche Perspektive



▲ Prof. Dr. Claudia Steckelberg
Foto: privat

Prof. Dr. Claudia Steckelberg
Professur Wissenschaft Soziale Arbeit an der Hochschule Neubrandenburg

Wohnungslosigkeit ist ein soziales Problem, das zuvorderst strukturelle Ursachen hat. Armut, Gewalterfahrungen, Mangel an medizinischer Versorgung, Diskriminierung

und Ausgrenzung – all diese Lebenslagen und biografischen Erfahrungen können in die Wohnungslosigkeit führen und sind gleichzeitig auch mögliche Folgen des Lebens auf der Straße.

Das grundlegende Problem liegt allerdings in der mangelnden Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum. In der sozialen Marktwirtschaft sind Wohnungen in erster Linie Ware, mit der die Eigentümer*innen und insbesondere finanzialisierte Unternehmen vor allem Profit machen wollen. Das führt dazu, dass eigener Wohnraum, der grundlegend für ein menschenwürdiges Leben ist, nur für diejenigen zugänglich ist, die über ausreichende finanzielle Mittel verfügen und den Kriterien einer von Vermieter*innen bevorzugten Mieter*in entsprechen. Damit wird jedes Armutsrisiko und jede Diskriminierungserfahrung auch zum Risiko bei der Wohnraumsuche und beim Wohn-

raumerhalt, wenn hier nicht ausreichend wohnungs- und sozialpolitisch gegengesteuert wird.¹

Lebenslage Wohnungslosigkeit

Grundsätzlich gilt als wohnungslos, wer über keinen eigenen Mietvertrag oder Wohneigentum verfügt. Diese Definition findet sich auch im 2022 in Kraft getretenen Wohnungslosenberichterstattungsgesetz (WoBerichtsG). In dessen § 3 Absatz 1 wird festgelegt, dass Wohnungslosigkeit besteht, wenn Personen keine Wohnung zur Verfügung steht oder wenn die Nutzung der Wohnung nicht so abgesichert ist, dass sie als eigene Wohnung benutzt oder bezeichnet werden kann.

In Wohnungsnot sind Menschen, die in unzumutbaren oder unsicheren Wohnverhältnissen leben (z.B. durch mangelnde bauliche Qualität oder Größe der Wohnung oder durch häusliche Gewalt) oder unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedroht sind (z.B. durch eine Räumungsklage). Für eine oder mehrere Nächte ein Dach über dem Kopf zu haben, weil man bei Freund*innen einen Platz auf dem Sofa oder eine Notunterkunft gefunden hat, bedeutet nicht das Ende der Wohnungslosigkeit. In einer Wohnung von Bekannten zu leben ohne eigenen Mietvertrag, stellt eine prekäre Wohnsituation dar, die ohne rechtliche Absicherung

1 Steckelberg, Claudia: Wohnungslosigkeit. Grundlagen und Handlungswissen für die Soziale Arbeit, Stuttgart 2023, S. 63.

jederzeit auf der Straße enden kann und zudem ein Abhängigkeitsverhältnis darstellt, das häusliche Gewalt begünstigen kann.

Geschlecht und Wohnungslosigkeit

Geschlecht ist eine alltäglich und biografisch sehr wirkmächtige Differenzkategorie, die eine wichtige Rolle spielt, wenn man die Ursachen und Folgen von Wohnungslosigkeit differenziert betrachten will. Menschen werden als Frauen und Männer innerhalb der geschlechtshierarchischen Ordnung ungleich behandelt. Zudem bringt das kulturelle Konstrukt der Zweigeschlechtlichkeit Ausschlüsse und Diskriminierungen hervor, die besonders diejenigen betreffen, die der binären Logik nicht entsprechen können und/oder wollen.²

Trotz aller emanzipatorischer Fortschritte zeigt sich die soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern nach wie vor in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, der ungleichen Entlohnung in der Erwerbstätigkeit und dem unterschiedlichen Zugang zu einflussreichen Positionen in Politik, Wissenschaft und Wirtschaft. Frauen leisten in heterosexuellen Partnerschaften mit Kindern durchschnittlich mehr Care-Arbeit als Männer. Durch ihre stärkere Zuständigkeit für Care-Arbeit sind Frauen vielfach nicht oder nur in Teilzeit erwerbstätig, was zu einem Mangel an eigenständiger materieller Absicherung führt. Zudem verweist der Begriff des Gender Pay Gap auf den Umstand, dass Frauen deutlich weniger verdienen als Männer. All das führt dazu, dass Frauen stärker von Armut bedroht und betroffen sind. Dieses Armutsrisiko erhöht das Risiko, in Wohnungsnot zu geraten und wohnungslos zu werden.

Die Geschlechterungleichheit kann zur wirtschaftlichen Abhängigkeit von Frauen von ihren Partnern führen, die wiederum sexistische Übergriffe und häusliche Gewalt begünstigt – denn dann ist es kaum möglich, die häusliche Situation zu verlassen, ohne in existenzielle Not zu geraten.³ Häusliche Gewalt ist bei Frauen, die aus dem gemeinsamen Haushalt flüchten müssen, daher auch ein Grund für Wohnungslosigkeit, weil zumeist alternativer Wohnraum nicht schnell genug verfügbar oder nicht bezahlbar ist.⁴ In Frauenhäusern, die als vorübergehender Zufluchtsort für Frauen vor häuslicher Gewalt fungieren, zeigt sich, dass sich die Wohnungssuche schwierig gestaltet, weil die betroffenen Frauen vielfach von Transferleistungen leben müssen und auf das kleine Marktsegment von preiswertem Wohnraum angewiesen sind. Zudem stellen Gewalterfahrungen im privaten Nahraum eine erhebliche Belastung mit Folgen für die körperliche und psychische Gesundheit dar, die wiederum die Bewältigung des Alltags und die Erwerbsfähigkeit einschränken.

Zu den umgangssprachlichen Bezeichnungen wohnungsloser Männer als „Penner“, „Clochard“ oder „Berber“ gibt es kein weibliches Pendant. Diesen Begriffen ist eine klassistische Abwertung und Diskriminierung immanent, sie sind jedoch auch positiv konnotiert im Sinne von Freiheit, Ungebundenheit und Abenteuerlust. Während die Straße als männlich konnotiertes Territorium (wenn auch wenige) positive Anknüpfungspunkte für die männliche Geschlechtsidentität bietet, geraten Frauen tendenziell eher in Konflikt mit der ihnen zugeordneten Geschlechtsrolle.⁵ Wohnungslose Frauen haben in der öffentlichen Wahrnehmung

die für sie vorgesehene private Sphäre verlassen und in ihrer Zuständigkeit für Familie und Kinder versagt. Die klassistische Abwertung wohnungsloser Menschen ist deshalb aus einer intersektionalen Perspektive geschlechtsreflektierend zu betrachten.

Bei Frauen wird in vielen Fällen von verdeckter Wohnungslosigkeit gesprochen, weil sie stärker als Männer versuchen, im öffentlichen Raum nicht aufzufallen und es möglichst vermeiden, draußen zu übernachten, auch wenn dies bedeutet, sich in die Abhängigkeit des jeweiligen Wohnungsinhabers und seiner Interessen zu begeben. Dieses Verdecken der Notlage erschwert den Zugang zum Hilfesystem. Zudem fühlen sich Frauen, die männlicher Gewalt ausgesetzt waren, in Tagesaufenthaltsstätten und Beratungsstellen nicht sicher, die vorwiegend männlich dominiert sind und in denen Gewalt im Geschlechterverhältnis nicht thematisiert wird. Dies ist ein Grund, weshalb Hilfsangebote für wohnungslose Frauen auch als Schutzräume konzipiert werden.

Noch weniger Schutzräume gibt es für trans Frauen, die zusätzlich zur sexistischen Diskriminierung auch Opfer von transfeindlichen Übergriffen werden. In geschlechtsspezifischen Einrichtungen für Frauen sehen sie sich vielfach mit dem Problem konfrontiert, als Männer gelesen zu werden und nicht als schutzbedürftig anerkannt zu werden. Hier fehlen entsprechende geschlechtsreflektierende und transensible Konzepte in den Wohnungsnotfallhilfen ebenso wie adäquate Fortbildungsangebote für die Fachkräfte.

Queere Personen, insbesondere lesbische Frauen, trans Frauen, inter und non-binäre Personen sind in der Lebenslage Wohnungslosigkeit verstärkt Diskriminierung und Gewalt ausgesetzt aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und Identität.⁶ Ohne einen privaten Raum, in dem sie vor queerfeindlichen Blicken und Übergriffen geschützt sind, potenziert sich die Belastung und Bedrohung, die sie erfahren und irgendwie bewältigen müssen.

Folgerungen und Forderungen

Aus den hier skizzierten Problemlagen lassen sich auf mehreren Handlungsebenen Folgerungen und politische Forderungen formulieren.

Wohnungspolitik muss das Ziel verfolgen, dass bezahlbarer Wohnraum im ausreichenden Umfang verfügbar ist. Hier können nur zwei Instrumente erwähnt werden, die dafür zielführend sind. Verbesserungen im Mietrecht sind nötig, um Mieter*innen vor

2 Ebd. S. 92.

3 Steckelberg, Claudia: Wohnungslosigkeit als heterogenes Phänomen. Soziale Arbeit und ihre Adressat_innen, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), *Gesucht? Gefunden! Alte und neue Wohnungsfragen*, Bonn 2019, S. 230-240.

4 Rosenke, Werena: Frauen, in: Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (Hrsg.): *Handbuch der Hilfen in Wohnungsnotfällen. Entwicklung lokaler Hilfesysteme und lebenslagenbezogener Hilfeansätze*, Berlin 2018, S. 301-323.

5 Steckelberg, Claudia: Prozesse sozialer Ausschließung von wohnungslosen Mädchen und Frauen – eine anerkennungstheoretische Perspektive, in: Anhorn, Roland / Stehr, Johannes (Hrsg.): *Handbuch Soziale Ausschließung und Soziale Arbeit*, Wiesbaden 2021, S. 961.

6 Steckelberg, Claudia / Eifler, Naemi: LSBTIQ+ und Wohnungslosigkeit – queere Perspektiven in Forschung und Praxis, in: Borstel, Dierk et al (Hrsg.): *Handbuch Wohnungs- und Obdachlosigkeit*, Wiesbaden 2023, S. 5, online: https://doi.org/10.1007/978-3-658-35279-0_6-1 (Zugriff: 02.01.2024).

Kündigungen und untragbaren Erhöhungen des Mietzinses zu schützen und beispielsweise die Zahl der Zwangsräumungen zu reduzieren. Ein weiteres wichtiges Instrument ist der Ausbau der Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Seit den 1990er Jahren reduziert sich der Bestand an Sozialwohnungen kontinuierlich durch den Eintritt des Bindungsendes, aber auch durch den Rückgang der Förderung von sozialem Wohnungsbau.⁷ Diesem Rückgang muss wohnungspolitisch entgegengesteuert werden, denn die zu geringe Anzahl an verfügbaren Sozialwohnungen steht in direktem Zusammenhang mit dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Ohne eine Ausweitung der sozialen Wohnraumförderung wird sich dieser Mangel vergrößern. Wenig sinnvoll ist es in diesem Zusammenhang, primär auf die Erhöhung des Wohngeldes zu setzen, wie es in den letzten Jahren der Fall war. Mit erhöhtem Wohngeld wird kein bezahlbarer Wohnraum geschaffen, vielmehr wird in vielen Fällen die Profitmaximierung der Wohnungswirtschaft mit Steuergeldern befördert.

Soziale Hilfen müssen insbesondere in den Bereichen der Prävention und der Notversorgung ausgebaut werden. Sozialräumlich gut erreichbare kommunale Präventionsstellen können helfen, Wohnungsnot zu beseitigen und Wohnungslosigkeit zu verhindern. Diese sollten Frauen und queere Personen explizit adressieren, damit sie sich in ihrer besonderen Lebenslage angesprochen fühlen und nicht aus Furcht vor Abwertung und Diskriminierung die Beratung und Unterstützung meiden.

In Notunterkünften müssen eine menschenwürdige Unterbringung und die Wahrung der Privatsphäre durch bestimmte Standards gesichert werden. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. hat entsprechende Forderungen in einem integrierten Notversorgungskonzept bereits 2013 formuliert, ohne dass diese bislang flächendeckend umgesetzt wurden.⁸ Für Frauen und queere Personen ist insbesondere die Unterbringung in Einzelzimmern mit eigenem Sanitärbereich

wichtig, ebenso wie die Möglichkeit, auf Wunsch in größeren Wohneinheiten mit Kindern oder wichtigen Bezugspersonen zusammenzuleben. Da das Leben auf der Straße auch tagsüber eine Gefährdung darstellt, ist es erforderlich (aber leider nicht gängige Praxis), dass die Notunterkünfte rund um die Uhr zugänglich sind. Sichergestellt werden muss auch über die reine Übernachtungsmöglichkeit hinaus ein professionelles Beratungs- und Unterstützungsangebot durch Fachkräfte, die sensibel und geschult sind in Bezug auf sexistische und queerfeindliche Diskriminierung.

Grundsätzlich sind geschlechterbinäre Hilfestrukturen zu erweitern hin zu einer konzeptionellen Ausrichtung und Adressierung aller Geschlechter mit ihren unterschiedlichen Bedarfen.

Feministische Diskurse beziehen sich in ihren frauenpolitischen Forderungen immer noch viel zu häufig implizit auf die Lebenslagen weißer, heterosexueller cis Frauen, während beispielsweise Migrant*innen, Lesben, Frauen mit Behinderungen oder trans Frauen als Sonderfall thematisiert werden. Die damit vollzogene Unterscheidung in den Normalfall und den davon abweichenden Sonderfall ist problematisch, weil dieses Denkmuster eine der Ursachen von Ausgrenzung und Diskriminierung ist. Hier ist eine Wende hin zu einer intersektionalen Perspektive unerlässlich, die die Schnittstellen verschiedener Differenzkategorien und Lebenslagen in ihrer Verschränkung in den Blick nimmt, um feministische Politik dementsprechend zu gestalten und auszurichten.

7 Deutscher Bundestag: Deutschland hat noch etwa 1,09 Millionen Sozialwohnungen, 2023, online: <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-967750> (Zugriff: 02.01.2024).

8 Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe: Integriertes Notversorgungskonzept, 2013, online: https://www.bagw.de/fileadmin/bagw/media/Doc/POS/POS_13_Integriertes_Notversorgungskonzept.pdf (Zugriff: 02.01.2024).

DOI: 10.5771/1866-377X-2024-1-16

„Wir brauchen eine wirksame Mietpreisbremse und mehr bezahlbaren Wohnraum für alle Familienformen – am besten schon gestern!“

Interview mit Julia Preidel, Wissenschaftliche Referentin für Sozialrecht, Armutsforschung, Gleichstellung, Bildung und Statistik im Verband alleinerziehender Mütter und Väter Bundesverband e.V. (VAMV)

Die Fragen stellte Prof. Dr. Cara Röhner, Professorin für Soziales Recht an der Hochschule RheinMain in Wiesbaden sowie Mitglied der djB-Kommission Recht der sozialen Sicherung, Familienlastenausgleich.

Sie haben im Jahr 2023 eine Fachtagung zum Thema Alleinerziehende am Wohnungsmarkt veranstaltet. Warum ist das ein wichtiges Thema?

In vielen Großstädten ist bezahlbarer Wohnraum Mangelware und die Wohnungsmarktkrise hat sich in den letzten Jahren immer weiter

zugespitzt. Alleinerziehende und ihre Kinder spüren das besonders. Wohnen ist aber ein Grundrecht und eine Wohnung ist mehr als Dach über dem Kopf: Sie ist ein Rückzugs- und Lebensraum. Und: Das Wohnumfeld von Familien ist auch mit entscheidend für die Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen.